Deutscher Pazifistenkongreß

Am Montag wurde in Leipzig der Pazifistenkongreß unter Teilnahme von weit über hundert Delegierten eröffnet. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Rothe und Ministerpräsident Buck die Versammelten begrüßt hatten, und einige ausländische Abgesandte im Namen der zurückgebliebenen Gesinnungsgenossen der Tagung fruchtbare Arbeit gewünscht hatten, erwiderte Professor Quidde, der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, daß man sich in Europa darüber klar sein müsse: Eine Wiederholung des Weltkrieges würde den Untergang des gesamten Abendlandes bedeuten. National und international müsse der Pazifismus eingestellt sein, national, indem er sich für den Schutz der Minderheiten in jedem Staate einsetze, und international nach seiner Organisation, seiner Arbeitsteilung und seiner ganzen Gesinnung. Vor allem aber dürfe man nicht dulden, daß von gewissen Kreisen im Namen der nationalen Idee andre Nationen vergewaltigt würden. Der Kampf gegen diese Kreise hat den Pazifisten die größten Gegner zugezogen.

Am Nachmittag begann die erste Vollversammlung mit dem Thema: Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik. Hudson, Manchester, sprach im Auftrage der sozialistischen Independent Labour Party und betonte, daß viele Tausende seiner Parteigenossen dem Rufe zu den Waffen nicht gefolgt seien. Die sozialistischen Arbeiter Englands hämmern in die Köpfe ihrer Genossen ein, daß man sowohl dem nationalen wie dem internationalen Wohl der Völker einen besseren Dienst leistet, wenn man im Kriegsfalle die Arme kreuze.

Genosse Dittmann betonte, daß es bei dem „Krieg gegen den Krieg" um mehr gehe, als um das Interesse der Arbeiterklasse, es gehe dabei um die Zivilisation, um die Kultur überhaupt. Das Band des internationalen Gewerkschaftsbundes ist heute viel fester als vor dem Kriege. Diese Organisation ist heute eine einheitliche internationale Macht von vielen Millionen Arbeitern. Ob der Völkerbund uns den ewigen Frieden gebracht hat, lehrt uns ein Blick auf den Balkan. Auch wir in Deutschland haben allen Anlaß auf dem Posten zu sein. Auf internationalen Kongressen wird uns immer von unsern ausländischen Freunden gesagt: Unsre Scharfmacher weisen immer auf die chauvinistische Revanchepropaganda der rechtsstehenden Parteien hin. Erst wenn wir dieses verbrecherische Treiben unterdrückt haben, können wir von unsern ausländischen Freunden durchgreifende Hilfe erwarten. Im übrigen aber werden wir uns dafür einsetzen, die Triebkräfte vergangener und zukünftiger Kriege zu beseitigen, den Kapitalismus und die Ausbeutung.

Aus der anschließenden Diskussion ist interessant, hervorzuheben, daß der Demokrat Professor Quidde eine Lanze für das Kapital brach. Es sei eine allgemeine Phrase geworden, daß man den Kapitalismus als Urheber der Kriege bezeichne. Für den Ausbruch eines Krieges seien oft ganz andre Gründe maßgebend, vor allem der Militarismus, oft auch Streitigkeiten rein persönlicher Art.

Am Abend veranstaltete man einen Lichtbildervortrag. Armin T. Wegener, der Augenzeuge der blutigen, von Deutschland geduldeten türkischen Greuel, die an dem arbeitsamen intelligenten armenischen Volk begangen wurden, führte an der Hand eigener Photographien das blutige Schauspiel jungtürkischer, nationalistischer Gewaltpolitik den Zuschauern vor.

*

In der Dienstag-Sitzung des Pazifistenkongresses, in der die Kulturprobleme zur Beratung standen, waren als Vertreter der Kirche Professor Dr. jur. et theol. Max von Wettin, Herzog zu Sachsen, zugegen. Er nahm zu folgenden Ausführungen das Wort: „Die Geistlichen müssen an den Friedensbestrebungen mitarbeiten, denn Frieden ist das vornehmste Ziel der Kirche. Zwischen nationalen oder internationalen Kulturproblemen ist kein wirklicher Gegensatz. Denn die Einheit und Vielfältigkeit beider hat den gleichen Ursprung. Man muß den übernationalen Charakter aller nationalen Kulturbestrebungen beachten, wenn die erstere nicht leiden soll. Der Krieg ist der allergrößte Kulturzerstörer. Das höchste Kulturgebiet ist die Religion. Die christlichen Gedanken sind so, daß sie sich die Welt erobern können, wenn wir nur genügend festen Willen sehen, wirkliche Christen zu sein. Die katholische Kirche hat sich ganz besonders den Gedanken der allgemeinen Kirche bewahrt. Im Mittelalter gab es deshalb eine sehr gleichartige Kultur. Die Neuzeit hingegen hat den nationalen Gedanken weit mehr auf den Schild erhoben. Nie darf aber eine Volkskultur sich für die einzig richtige und günstige betrachten."

Leipzig, 4. Oktober. Der Pazifistenkongreß nahm eine Entschließung an, die ein Kompromiß darstellt zwischen den unbedingten Kriegsdienstverweigerern und den Anhängern von Gerlach, die zwar das Recht auf Dienstverweigerung anerkennen, aber die Beteiligung an einem Verteidigungskriege als Kollektivnotwehr für vereinbar mit den pazifistischen Anschauungen erklären. In einer weiteren Entschließung wird die Kontrolle der Waffen- und Munitionsfabriken durch Organe des Völkerbundes und der internationalen gewerkschaftlichen Organisationen verlangt. Gleichzeitig wird die Forderung aufgestellt, daß aus der Waffen- und Munitionserzeugung keine Privatgewinne erzielt werden dürfen.

Nachspiel zum Lötzener Prozeß

Die Verhandlung vor dem Gericht in Lötzen gegen eine große Zahl von Mannschaften des dort garnisonierenden Reichswehrbataillons, in deren Verlauf mehrere Fälle von vorschriftswidriger Behandlung von Soldaten durch Offiziere und Unteroffiziere zur Sprache kamen, wird, den P.P.N. zufolge, die Grundlage bilden für ein Einschreiten gegen die schuldigen Offiziere und Unteroffiziere, die in erster Linie mitverantwortlich sind für die Mißstimmung unter den Mannschaften des Bataillons.

Zwei sozialistische Parteien in Italien

Rom, 4. Oktober. Da der Sozialistenkongreß mit etwa 3000 Stimmen Mehrheit den Ausschluß der Rechtsstehenden beschlossen hat, entstehen zwei neue Parteien, deren eine ungefähr der neugeeinten deutschen Sozialdemokratischen Partei entspricht und 80 Abgeordnete, darunter alle bekannten Führer seiner Parteigenossen dem Rufe zu den Waffen nicht gefolgt seien. Die sozialistischen Arbeiter Englands hämmern in die Köpfe ihrer Genossen ein, daß man sowohl dem nationalen wie dem internationalen Wohl der Völker einen besseren Dienst leistet, wenn man im Kriegsfalle die Arme kreuze, nach Moskau gerichtete, an deren Spitze der „Avanti"-Direktor Serrati steht, nur etwa 42 Abgeordnet umfaßt, obwohl sie auf dem Kongreß die Mehrheit hatte. Viel bemerkt wird, daß die Gesamtpartei nur noch 73000 Organisierte umfaßt.

So ist die seit mehr als einem Jahrzehnt periodisch angedrohte und gefürchtete Spaltung Ereignis geworden, in einer Zeit, da das Proletariat mehr als je zuvor der Einheit bedürfte, um dem Vorstoß der Reaktion wirksame Abwehr entgegenzustellen. Die Reaktion tritt heute in ihre akute Phase und hat den Schein der Legalität ganz abgeworfen. Durch ihren „Heerführer" Mussolini verkündet die faszistische Partei ganz offen, daß sie sich auf den „Marsch auf Rom" vorbereitet, um von Rom aus Italien zu regieren.

Die große Mehrheit des Proletariats steht auch heute, wie auf dem Parteitag in Mailand, hinter den Maximalisten. Die revolutionäre Phrase zieht noch, besonders, weil die Regierung wirklich unter aller „Bündnismöglichkeit" ist. Die Reformisten, die die besseren Köpfe und die ruhigeren Arbeiter auf ihrer Seite haben, fangen erst jetzt die Eroberung der maximalistischen Mehrheit an durch eine eigene Tageszeitung, die aus Reggio Emilia nach Mailand überpflanzte, „Giustizia". Sie haben Generale, aber kein Heer.

Die unheilvolle Wirkung der Spaltung wird vor allem ... Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung liegen. Bis jetzt hatte die Konföderation der Arbeit ein Bündnis mit der sozialistischen Partei; mit welcher der beiden aus der Spaltung hervorgehenden Parteien wird sie es fortsetzen? Es verlautet, daß sie künftighin ohne Bündnisse mit politischen Parteien ihre eigene Politik treiben werde. Das bedeutete also, daß Italien eine maximalistische, eine Rechtspartei und eine Arbeiterpartei als Frucht der Spaltung erhielte.

*

Aus der italienischen Parteibewegung

Rom, 5. Oktober. Der Kongreß der Maximalisten beschloß, sich der Dritten Moskauer Internationale bedingungslos anzuschließen und alle Parteiblätter, außer dem Avanti, zu unterdrücken. Der Kongreß beschloß ferner, daß die Maximalisten als Mitglieder von Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zurücktreten sollten, und ernannte die Mitglieder des Parteirates, darunter den Direktor Serrati. Der Kongreß der Anhänger einer Mitarbeit mit andern Parteien wählte als Parteizeitung das Blatt Giustizia, das in Mailand erscheint, ernannte Treves zum Direktor und beschloß, daß alle Angehörigen der Partei als Verwaltungsbeamte in den Provinzen und Gemeinden ihren Dienst nicht aufgeben sollten. Infolge der Spaltung erteilte dieser Kongreß der Parteileitung den Auftrag, sich mit der Wiener Internationale zwecks Bildung einer wahren sozialistischen Internationale und mit den sozialistischen Gruppen in den verschiedenen Parlamenten zur Erzielung von Uebereinkommen über politische und gewerkschaftliche Fragen in Verbindung zu setzen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Lohnkampf im sächsischen Holzgewerbe

Nach den ergebnislosen Verhandlungen am 27. September hat der Arbeitgeberverband sofort am 28. September die Kündigung der Arbeiterschaft angeordnet. Aus diesem Vorgehen ist zu entnehmen, daß der Kampf durch die Arbeitgeber-Organisation vorbereitet und dadurch das Ergebnis der Verhandlungen beeinflußt wurde. In einer Anzahl von Betrieben ist gleichfalls mit der Aussperrung begonnen worden. Der Holzarbeiterverband hat sich durch diese Maßnahmen in seinem Vorgehen nicht beeinflussen lassen, sondern es haben zur Erweiterung der Kampffront in rund 26 Orten die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Wie aus den Berichten aus dem Lande hervorgeht, versuchen die Arbeitgeber durch falsche Mitteilungen über ihre Lohnzugeständnisse die Arbeiter irre zu führen. So finden wir in den Leipziger Neuesten Nachrichten eine Mitteilung aus Eilenburg, worin behauptet wird, daß die Arbeitgeber als letztes Angebot ein Zugeständnis mit 98 M. gemacht hätten. Dieser dreisten Behauptung gegenüber ist nur darauf zu verweisen, daß die Forderung der Arbeiter für den Abschluß eines neuen Lohnabkommens bis 6. Oktober überhaupt nur 98 M. betrug. Das Zugeständnis der Arbeitgeber war aber nur 90 M. bis zum 26. Oktober. Mit einer solchen Regelung wären die Löhne der Holzarbeiter, besonders in den Ortsklassen 2, 3 und 4, in denen sich die übergroße Zahl der Städte befindet, weit unter den Löhnen der übrigen Berufe zurückgeblieben. Die Staffelung der Löhne in der Holzindustrie ist in den Ortsklassen je 4 Prozent niedriger als der Spitzenlohn. Durch die Lohnverhandlungen in den letzten Monaten war deutlich zu erkennen, daß die Arbeitgeber auf die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Arbeitern hinarbeiten. Meist wurden die Verhandlungen tagelang hingezogen und durch die wenige Verantwortlichkeit, die von Arbeitgeberseite bewiesen wurde, auch über die Lohntermine, verschleppt. Diese Umstände haben bewirkt, daß die Stimmung der Arbeiterschaft sich immer mehr verschärfte.

Die Holzarbeiter Sachsens sind entschlossen, den aufgezwungenen Kampf mit der notwendigen Energie zum Erfolg durchzuführen. In Streik befinden sich unter andern auch die Holzarbeiter in Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Der Schiedsspruch für den Braunkohlenbergbau

Im Anschluß an die Lohnverhandlungen für das Ruhrgebiet und die Steinkohlenreviere wurde am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium die Neuregelung der Löhne für den Braunkohlenbergbau vorgenommen. Der Schiedsspruch sieht für das rheinische Revier 100 Prozent, für Düren 91 Prozent und für die mitteldeutschen Kerngebiete 92 Prozent der für das Ruhrgebiet bewilligten Zulage vor. Die mitteldeutschen Randreviere erhalten 90 Prozent und die bayerischen Reviere 90 bis 94 Prozent des Satzes für die mitteldeutschen Kerngebiete. Im Revier Oberhessen-Westerwald beträgt die Schichtzulage in der Spitze 138 M. Auch hier sind die Sozialzulagen in den angegebenen Zahlen einbegriffen. Bis zum 9. Oktober haben sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Gegen den kommunistischen Betriebsrätekongreß

Eine Vollversammlung der Betriebsräte des Zwickauer Wirtschaftsgebiets hat mit großer Mehrheit einen kommunistischen Antrag abgelehnt, der die Beschickung des wilden Reichsbetriebsrätekongresses vorsah.

Zwangswirtschaft für Zucker

Zunächst monatlich ein Kilogramm

rs. **Berlin, 5. Oktober.** Die Verhandlungen über die Neuregelung der Zuckerwirtschaft sind zu dem Abschluß gekommen, daß eine Verordnung des Ernährungsministers mit sofortiger Wirkung veröffentlicht wurde. Durch diese Verordnung werden in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates die gesamte Zuckerindustrie zur einheitlichen Bewirtschaftung des Zuckers zusammengeschlossen und dadurch die Möglichkeit zur Verteilung de Zuckers geschaffen. Die neue Zuckerwirtschaftsstelle hat die Verteilung des Zuckers unter Aufsicht des Ernährungsministeriums vorzunehmen. Ihr ist ein Beirat und Vertreter der Länder, der Landwirtschaft, der Zuckerinteressenten und der Verbraucher, sowie ein Reichskommissar angegliedert. Mitte nächster Woche wird dieser Ausschuß gebildet und zum ersten Male zusammentreten. Zur Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung gelangt bis auf weiteres monatlich ein Kilogramm Zucker. Die Verteilung erfolgt zunächst an die Länder und ist den einzelnen Ländern überlassen. Der Satz von einem Kilogramm ist nur vorläufig, eine Erhöhung wird in Aussicht zu nehmen sein, wenn die erforderlichen Mengen Zucker zur Verfügung stehen. Die Zuckerwirtschaftsstelle hat außerdem nach den Richtlinien des Ernährungsministeriums auch den Zucker für sonstige Zwecke, insbesondere für die Brotaufstrichmittel, zu verteilen. Das Verbot der Lieferung von inländischem Zucker zur Herstellung von Süßigkeiten, Branntwein, insbesondere Liköre und Schaumweine, bleibt aufrecht erhalten.

Einführung des Chemnitzer Landesgerichtspräsidenten

Dr. Zeigner über die Aufgaben der Politik

Justizminister Dr. Zeigner hat am 3. Oktober 1922 in Chemnitz den neuen Landesgerichtspräsidenten Dr. Kiel eingewiesen und dabei folgende Rede gehalten:

Durch Beschluß des Gesamtministeriums ist Ihnen das Amt des Landgerichtspräsidenten in Chemnitz übertragen worden. Es liegt lange Zeit zurück, daß die sächsische Justizverwaltung bei der Besetzung einer so exponierten Dienststelle auf einen nicht in der sächsischen Beamtenrechtspflege tätigen Herrn zurückgegriffen hat. Es erscheint deshalb angebracht, die Gründe zu dieser Maßnahme klarzustellen, um so Mißdeutungen auszuschließen, soweit diese überhaupt möglich sind. Nach Auffassung der sächsischen Regierung muß das Ziel einer gesunden persönlichen Politik jeder Staatsverwaltung sein:

Diejenigen Kräfte im Staat heranzuziehen, die in Uebereinstimmung mit den Verfassungen des Reiches und der Länder versuchen, klar und eindeutig Reich und Wirtschaft mit den Lebensbedürfnissen möglichst weitgehender Schichten unsres Volkes in Einklang zu bringen. Insbesondere aber mit den Schichten, die eines besonderen Schutzes der Fürsorge und des Wohlwollens des Staates bedürfen. Denn nur so erscheint es möglich, das zu erreichen, was die deutsche Reichsverfassung als Ziel der Staatstätigkeit bezeichnet: das Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern.

Dieses Ziel wird nach Auffassung der Staatsregierung aber nur erreicht werden können, wenn der Staatsapparat auch in seiner personellen Zusammensetzung die politische Struktur des Landes widerspiegelt, wenn also Angehörige aller auf dem Boden der Verfassung stehender und für sie eintretender Parteien auch in leitende Staatsstellen berufen werden. In einer politischen Uebergangszeit wird dies oft nicht leicht durchführbar sein, denn jeder Beamtenapparat ist naturnotwendig schon zufolge seiner Tätigkeit konservativer als die übrigen Bevölkerungsschichten, die sich mühelos und elastisch den jeweiligen Forderungen und Anschauungen des Tages anpassen können. In dieser Situation ist die Regierung dann gezwungen, gegebenenfalls auch auf andre Kreise und andre Personen als Ordnungsbeamte zurückzugreifen. Daraus erklärt sich auch im vorliegenden Fall der Entschluß der sächsischen Regierung, einen Rechtsanwalt auf den Posten eines Landgerichtspräsidenten zu berufen.

Herr Dr. Kiel! Sie haben bei den Vorbesprechungen, die ich im Auftrage der Regierung mit Ihnen gehabt habe, sich bereit erklärt, hierher zu gehen. Das Amt, welches Ihnen übertragen wird, wird an Sie außerordentlich hohe Anforderungen stellen. Aus meiner Leipziger Tätigkeit, in der ich Sie kennen lernte, schöpfe ich aber die Zuversicht, daß Sie das Amt so ausüben werden, wie es die Verfassung und der Eid vorschreiben.

20 Millionen Mitglieder

Nach einer Mitteilung der Amsterdamer Internationale sind der Gewerkschaftszentrale in den verschiedenen Ländern insgesamt 20 Millionen Mitglieder angeschlossen. Vom 10. bis 15. Dezember soll ein Weltkongreß für den Frieden veranstaltet werden. Die Vereinigung hat beschlossen diesem Kongreß den Charakter einer großen internationalen Kundgebung für den Frieden zu geben.

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, wird uns folgendes mitgeteilt: „Das mit dem Dresdner Zentralausschuß für Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe getätigte Gehaltsabkommen für die Monate Juni und Juli ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt worden, so daß sämtliche Angestellten, die laut dem Gruppentarifvertrag bezahlt werden, einen rechtlichen Anspruch auf Zahlung der in diesem Abkommen festgelegten Gehälter haben, ganz gleich, ob der Arbeitgeber einem Arbeitgeberverband angehört oder nicht."

Wie uns der Dresdner Zentralausschuß mitteilt, können Druckstücke ab Donnerstag in seinem Bureau, Bürgerwiese 24, zum Preise von 5 M. entnommen werden.

Letzte lokale Nachrichten

Schulen als Versammlungsräume

Das Verordnungsblatt des Ministeriums für Kultus und öffentlichen Unterricht für den Freistaat Sachsen, Nr. 18 vom 3. Okt. schreibt: Die staatlichen und unter staatlicher Verwaltung stehenden höheren Lehranstalten werden hiermit angewiesen, in allen Fällen, wo Parteiorganisationen in der Zeit vor allgemeinen Wahlen um Ueberlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungen nachsuchen, weitestgehendes Entgegenkommen zu beweisen, dabei den sämtlichen politischen Richtungen gegenüber peinliche Unparteilichkeit und Parität zu wahren. Soweit durch die Ueberlassung von Schulräumen besondere Kosten (z. B. für Beleuchtung und Reinigung) erwachsen, sind sie den Saalmietern in Rechnung zu stellen. Eine besondere Beheizung dieser Räumlichkeiten aus Anstaltsbeständen darf nicht stattfinden. Den Hausmeistern ist bei etwa entstehender Mehrarbeit eine angemessene Vergütung zu gewähren. Die Saalmieter haben sich zur Tragung dieser sämtlichen Kosten vor der Ueberlassung der Räume ausdrücklich zu verpflichten, sowie auch zu erklären, daß sie für etwa entstehende Schäden die Haftung übernehmen. Gegebenenfalls kann auch ausreichende Sicherheit bei der Erlaubniserteilung gefordert werden. Der Schulbetrieb darf durch die Ueberlassung der Räume in keiner Weise gestört werden. Diese Verordnung gilt für Anstalten mit Internaten nur insoweit, als durch in ihnen stattfindende Versammlungen der Internatbetrieb keine Störung erleidet. Den Stadtgemeinden und Schulbezirken wird hinsichtlich der ihnen unterstehenden Schulgrundstücke empfohlen, in gleicher Weise zu verfahren.

Ueber die vom Ministerpräsidenten Buck gegen Müller-Heim, den Herausgeber einer Dresdner Wochenschrift, angestrengten Klagen wissen einige Blätter zu melden, daß sie durch Vergleich aus der Welt geschafft werden sollen. Vom Ministerpräsidenten ist der Wunsch zu einem Vergleich in dieser Sache nicht geäußert worden und wird auch nicht vorgebracht werden, denn das starke Interesse verlangt, daß das vom Ministerpräsidenten veranlaßte gerichtliche Verfahren durchgeführt wird.

Der Dollar 2127,33

rs. **Berlin, 5. Oktober.** (Eig. Drahtm.) Nach dem gestrigen Hausesturm trat in den heutigen Morgenstunden eine ziemliche Geschäftsruhe ein. Dollarnoten wurden mit 2060 bis 2100 gehandelt. Die Bedarfskäufe der Industrie, die die letzte Hausse zum größten Teil verursachten, waren heute bedeutend geringer und da die Spekulation sich nach wie vor zurückhält, kam die Bewegung zum Halten. Auch an der Börse erfuhr der Dollar auch nur eine leichte Befestigung bis zu 2125. An den ausländischen Börsenplätzen hat die Mark ebenfalls einen kleinen Kursgewinn zu verzeichnen. Aus Neuyork wird ein nachbörslicher Kurs von 4⅞ gekabelt. Die sonstigen ausländischen Zahlungsmittel blieben heute ebenfalls unverändert.

Z. C. Sonntag den 8. Oktober vormittags 9 Uhr **wichtige Sitzung** im Deutschen Vereinshause.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221005/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG